Über die Frage der Bündnispolitik – eine Antwort an die SDAJ

Dieser Text ist die Antwort auf ein Kritikschreiben der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) an der Bündnispolitik unserer Organisation, speziell im Bildungsstreik.

Auslöser der Debatte

Der Auslöser für die jetzige Diskussion war ein Bericht unserer Organisation über die Berliner Bildungsstreikkonferenz vom 09.-11.09. in Berlin. Diesen veröffentlichten wir auf unserer Homepage, als auch auf dem Medienportal LINKEZEITUNG.de. In unserem Bericht legten wir die Ergebnisse der Konferenz sowie die kommenden Aufgaben der Bewegung dar. Darüber hinaus kritisierten wir unterschiedliche Strömungen, die sich an der Konferenz beteiligten.

So befassten wir uns mit dem Abstimmungsverhalten der Bundes-SDAJ, welches z.B. Forderungen, wie die Besteuerung von Reichtum verhinderte! Ebenso setzten wir uns mit dem Verhalten einiger der anwesenden Libertären auseinander. Ihrer politischen Strömung warfen wir undemokratisches Verhalten und eine Politik vor, die die Bewegung in den vergangenen Jahren gelähmt hatte.

Wir sind uns bewusst, dass der Artikel aufgrund der Kürze viele unserer Kritikpunkte nur anschneiden konnte, jedoch nicht vollständig erklärte. Doch der Artikel leitete sich aus unseren prinzipiellen Position zur Bildungsstreikbewegung ab, welche in anderen Veröffentlichungen ausführlicher beleuchtet werden und wurden (z.B. im „Aktionsprogramm Bildung“).

Kurz darauf entschlossen sich die Asten von TU und FU, in denen viele Libertäre vertreten sind, große Teile ihrer finanziellen Unterstützung für die

bundesweite Bildungsstreikbewegung zu streichen. Während wir zutiefst den Vorfall mit den Asten von TU und FU bedauern, stehen wir nach wie vor zu unserer politischen Kritik.

Ursache der Debatte

Die Ursache des Konflikts mit der SDAJ-Berlin liegt jedoch in einer grundlegend anderen Auffassung von Bündnis- und Einheitsfrontpolitik. Wir glauben, dass Bündnisse die möglichst breiteste Einheit in der Aktion für bestimmte Ziele gewährleisten sollten. Darüber hinaus muss jederzeit die volle Freiheit der Kritik in diesen Bündnissen gewährleistet sein.

Denn letztlich dienen Bündnisse dazu, innerhalb von Bewegungen durch die Kritik an unzureichenden Taktiken und der Politik reformistischer Organisationen, Mehrheiten für eine revolutionäre Politik zu gewinnen. Für uns gilt es, durch transparentes Darstellen der Politik der unterschiedlichen Strömungen, revolutionäre Politik auch in der Praxis zu beweisen.

Die Position der SDAJ-Berlin

Die Berliner SDAJ hingegen ist der Meinung, dass die offene politische Kritik in Bündnissen spaltend wirke. Daher will sie nun eine offene Kritik an dem *„Bündnis Bildungsblockaden einreißen! (BE!)“* und innerhalb der bundesweiten Bildungsstreikbewegung verhindern.

„Wenn eine Kritik vorhanden ist, muss diese in internen Diskussionen angebracht werden.“

Des weiteren will die SDAJ-Berlin, dass es REVOLUTION bei den Mobilisierungstouren für den Bildungsstreik untersagt ist, eigenes Material zu verteilen. Die Frage, warum eine Organisation an einer Mobilisierung teilnehmen sollte, ohne eigene Materialien verteilen zu dürfen und die eigene Position, in diesem Fall eine klassenkämpferische Perspektive innerhalb des Bildungsstreiks, darstellen zu können, bleibt offen.

Dieses Handeln begründete sie am 06.10.2011 in einem so genannten bündnisinternen Brief. Dort sagen sie, dass unser Verhalten

bündnisschädigend und unsolidarisch wäre, sowie zu einer Schwächung der Bewegung führen würde.

„[Es] zerstört strukturelle Fortschritte der Bewegung sowie aufgebautes Vertrauen […]. Damit handelt [ihr] grundlegend gegen unsere Errungenschaften in diesen Bündnissen.“

Unsere Bündnisarbeit im allgemeinen beschreibt die SDAJ wie folgt – nämlich „ungeachtet realer Gegebenheiten die eigene Linie konsequent durchsetzen zu wollen und dabei alles andere als blockierend und schwächend zu diffamieren […]“

Dazu muss erwähnt werden, dass viele der strukturellen Fortschritte der Bewegung seit 2006 erst durch (unter anderem unsere) Kritik zustande kamen. Wir setzten uns z.B. seit jeher für Entscheidungsfindungsprozesse und Strukturen ein, die unsere Bewegung nicht nur schlagkräftiger sondern auch demokratischer gestalten sollten. Die Erkenntnis, Basisstrukturen in Form von Streikkomitees an Schulen und Universitäten aufzubauen, wurde erst durch die Kritik von Gruppen wie uns gewonnen. Im Gegensatz zu der SDAJ, die anfänglich Streikkomiteearbeit grundsätzlich ablehnte.

Auch das Bildungsbündnisse wie z.B. BE! weiter existieren konnten beziehungsweise aufgebaut wurden, lag mit an unserem Engagement. Dies war nur möglich aufgrund einer „konsequenten (politischen) Linie“. Auch den Vorwurf jederzeit Bündnispartner als blockierend und schwächend diffamiert zu haben, weisen wir entschieden zurück! Im Gegenteil, wir waren jederzeit bereit, für gemeinsame politische Ansichten mit anderen Organisationen einzutreten. Wir bedauern, dass dies insbesondere von der SDAJ vergessen wurde. Immerhin waren wir es, die gemeinsam mit ihnen eine Resolution in Köln verfassten, um den momentanen Protesten eine Perspektive zu geben! (http://bildungsstreikkonferenzberlin2011.blogsport.de/images/HandlungsorientierungSchulstreikkonferenz_01.pdf)

Unsere Kritik an dem Verhalten der SDAJ-Berlin

Anders als die SDAJ-Berlin es darstellt (Wir bitten in diesem Zusammenhang in Zukunft die Zitate angeblicher Mitglieder unserer Gruppe ernsthafter zu

belegen.) war es nie unser Ziel Aktionen von Bewegungen zu spalten. Wir wollen die unterschiedlichen politischen Vorschläge und die daraus folgenden Konsequenzen innerhalb der Bildungsstreikbewegungen möglichst transparent und kritisch beleuchten!

Denn gerade das Unterlassen von revolutionärer Kritik führte unsere Bewegung in der Vergangenheit immer in die *„Rezession“*. Denn das Nicht-Führen von Debatten zwischen politischen Organisationen bedeutet keineswegs, dass es keine Widersprüche gäbe. Anstatt also Revolutionär_innen die Möglichkeit zu geben, diese Widersprüche zugunsten der Bewegung zu lösen, setzt die SDAJ-Berlin darauf, die negativen Konsequenzen von verschwiegenen Widersprüchen möglichst lange hinauszuzögern.

In diesem Zusammenhang sieht die SDAJ-Berlin, im Gegensatz zu uns, allein in der *„Vielschichtigkeit“* der Bildungsstreikbewegung einen Zweck. Uns wirft sie weiterhin vor:

„[Euer] veröffentlichte[r] Text hingegen spaltet die eh schon sehr kontrovers diskutierenden Lager und blockiert damit die Stärkung eines gemeinsamen Bündnisses. Zu diesem Moment ist es fatal solche Äußerungen zu tätigen.“

Natürlich begrüßen wir die Vielschichtigkeit von Bewegungen, denn sie sind die momentane Grundlage für breite Aktionen. Doch wir sehen in kontrovers diskutierenden Lagern keine Gefahr. Vielmehr sehen wir darin Chancen, politische Prozesse transparent und erfahrbar für Jugendliche zu machen, damit sie sich bewusst für revolutionäre Positionen entscheiden können. Unser Ziel ist es daher eine Bewegung zu schaffen, die trotz der politischen Unterschiede, bewusst zusammen kämpft!

Unser Verständnis von Bündnispolitik

Wir sind der Meinung, dass der Bildungsstreik nicht nur aus Erfolgen, sondern auch aus Fehlern lernen und stärker werden kann. Dazu müssen aber insbesondere junge Kommunist_innen der Bewegung ihre Fehler und mögliche Lösungsansätze bewusst machen. Diese elementare Form der Demokratie, innerhalb der gemeinsamen Aktion, ist für unsere Bewegung ein

unverzichtbares Gut.

Wer versucht, die politische Meinungsfreiheit anderer Organisationen zu unterbinden stärkt dieses Gut nicht, sondern schwächt die Bewegung.

Die Grundlage des Bildungsstreiks ist nicht eine allgemein anerkannte politische Perspektive oder ein komplettes Aktionsprogramm, sondern der Wille der aktiven Basis sich gegen ein undemokratisches und unterfinanziertes Bildungssystem zu wehren! Und die unbedingte Stärke unserer Bewegung muss darin bestehen möglichst viele betroffene Schüler_Innen, Studierende, Auszubildende, Eltern, Lehrer_Innen, Arbeiter_Innen und ihre politischen Organisationen einzubinden.

Diese Stärke wird jedoch nur zu Erfolgen führen, wenn auch revolutionäre Perspektiven innerhalb des Bildungsstreiks diskutiert werden. Nur das wird zu einer dynamischen Bewegung führen, die die Masse der Jugendlichen begeistern kann. Denn auf Dauer geht es darum, Bewegungen, Aktionsprogramme und politische Perspektiven zu geben. Die Frage ist jedoch, ob diese einen reformistischen oder einen revolutionären Charakter haben sollen!

Denn Perspektiven wie mehrtägige Streiks, gemeinsame Massenaktionen mit der arbeitenden Bevölkerung oder Besetzungen, d.h. Mittel, welche unser Bildungssystem grundlegend verändern können, werden nur durch das kritische Einwirken von Revolutionär_Innen erkämpft werden!

Daher setzen wir auch weiterhin auf die Zusammenarbeit mit allen Organisationen und Jugendlichen im Bildungsstreik. Auch die SDAJ-Berlin bitten wir ihr Handeln im „BE!“ zu überdenken. Ihr müsst euch bewusst sein, dass der Versuch uns unsere Meinungsfreiheit im Bündnis zu verbieten, unweigerlich zu der Beendigung einer gemeinsamen Arbeit in „BE!“ führen wird. Ohne einen demokratischen Charakter des Bündnisses sehen auch wir keine Perspektive in der
weiteren Zusammenarbeit. Natürlich werden wir uns am Bildungs- sowie Schulstreik weiterhin nach Kräften beteiligen! Sollte uns dies in BE! nicht länger in einem vernünftigen Rahmen möglich sein, werden wir unsere

Kräfte vermehrt in das „Berliner Bildungsstreik Bündnis“ sowie Basisarbeit investieren. Wir bedauern, dass unser Angebot, um die Mobilisierung zum 17.11. nicht zu gefährden, weiterhin technische Aufgaben zu übernehmen auf dem Bündnistreffen am 19.10. mit einem Raumverweis (Antrag gestellt durch ein Mitglied der SDAJ-Berlin) beantwortet wurde. Wir halten eine extra Mobilisierung für Schüler_Innen weiterhin für sinnvoll, eine Spaltung in der Aktion (BE!) seitens der SDAJ-Berlin würden wir sehr bedauern!

Die kursierten Wörter, Wortgruppen und Absätze, die in Anführungszeichen gesetzt sind, sind Zitate aus dem Brief der SDAJ-Berlin an uns.

Ortsgruppenleitung, REVOLUTION-Berlin

"A moment of Silence" – in Times of Struggle!

Wir veröffentlichen hier das Gedicht „Moment of Silence“, das von Emanuel Ortiz geschrieben wurde. Emanuel Ortiz ist ein politischer Aktivist und Künstler, der dieses kritische Gedicht ein jahr nach dem 11. September 2001 veröffentlichte. Zehn jahre nach diesem Ereignis, zehn Jahre nach dem Beginn des Afghanistankrieges und in Zeiten der Krise, in denen die Herrschenden und ihre Medien versuchen uns mit ihrer Propaganda von der Realität ihrer Herrschaft abzulenken, erscheint uns die Veröffentlichung dieses Gedichtes als äußerst passend.

„Moment of Silence“

Before I begin this poem, I’d like to ask you to join me in a moment of silence in honor of those who died in the World Trade Center and the Pentagon on September 11th, 2001.

I would also like to ask you to offer up a moment of silence for all of those

who have been harassed, imprisoned, disappeared, tortured, raped, or killed in retaliation for those strikes, for the victims in Afghanistan, Iraq, in the U.S., and throughout the world.

And if I could just add one more thing…

A full day of silence… for the tens of thousands of Palestinians who have died at the hands of U.S.-backed Israeli forces over decades of occupation.

Six months of silence… for the million and-a-half Iraqi people, mostly children, who have died of malnourishment or starvation as a result

of a 12-year U.S. embargo against the country.

…And now, the drums of war beat again.

Before I begin this poem, two months of silence… for the Blacks under Apartheid in South Africa, where "homeland security" made them aliens in their own country

Nine months of silence… for the dead in Hiroshima and Nagasaki, where death rained down and peeled back every layer of concrete, steel, earth and skin, and the survivors went on as if alive.

A year of silence… for the millions of dead in Viet Nam—a people, not a war—for those who know a thing or two about the scent of burning fuel, their relatives bones buried in it, their babies born of it.

Two months of silence… for the decades of dead in Colombia, whose names, like the corpses they once represented, have piled up and slipped off our tongues.

Before I begin this poem,

Seven days of silence… for El Salvador

A day of silence… for Nicaragua

Five days of silence… for the Guatemaltecos

None of whom ever knew a moment of peace in their living years.

45 seconds of silence… for the 45 dead at Acteal, Chiapas…

1,933 miles of silence… for every desperate body

That burns in the desert sun

Drowned in swollen rivers at the pearly gates to the Empire's underbelly,

A gaping wound sutured shut by razor wire and corrugated steel.

25 years of silence… for the millions of Africans who found their graves far deeper in the ocean than any building could poke into the sky.

For those who were strung and swung from the heights of sycamore trees

In the south… the north… the east… the west…

There will be no dna testing or dental records to identify their remains.

100 years of silence… for the hundreds of millions of indigenous people

From this half of right here,

Whose land and lives were stolen,

In postcard-perfect plots like Pine Ridge, Wounded Knee, Sand Creek, Fallen Timbers, or the Trail of Tears

Names now reduced to innocuous magnetic poetry on the refrigerator of our consciousness…

From somewhere within the pillars of power

You open your mouths to invoke a moment of our silence

And we are all left speechless,

Our tongues snatched from our mouths,

Our eyes stapled shut.

A moment of silence,

And the poets are laid to rest,

The drums disintegrate into dust.

Before I begin this poem,

You want a moment of silence…

You mourn now as if the world will never be the same

And the rest of us hope to hell it won’t be.

Not like it always has been.

…Because this is not a 9-1-1 poem

This is a 9/10 poem,

It is a 9/9 poem,

A 9/8 poem,

A 9/7 poem…

This is a 1492 poem.

This is a poem about what causes poems like this to be written.

And if this is a 9/11 poem, then

This is a September 11th 1973 poem for Chile.

This is a September 12th 1977 poem for Steven Biko in South Africa.

This is a September 13th 1971 poem for the brothers at Attica Prison, New York.

This is a September 14th 1992 poem for the people of Somalia.

This is a poem for every date that falls to the ground amidst the ashes of amnesia.

This is a poem for the 110 stories that were never told,

The 110 stories that history uprooted from its textbooks

The 110 stories that CNN, BBC, The New York Times, and Newsweek ignored.

This is a poem for interrupting this program.

This is not a peace poem,

Not a poem for forgiveness.

This is a justice poem,

A poem for never forgetting.

This is a poem to remind us

That all that glitters

Might just be broken glass.

And still you want a moment of silence for the dead?

We could give you lifetimes of empty:

The unmarked graves,

The lost languages,

The uprooted trees and histories,

The dead stares on the faces of nameless children…

Before I start this poem we could be silent forever

Or just long enough to hunger,

For the dust to bury us

And you would still ask us

For more of our silence.

So if you want a moment of silence

Then stop the oil pumps

Turn off the engines, the televisions

Sink the cruise ships

Crash the stock markets

Unplug the marquee lights

Delete the e-mails and instant messages

Derail the trains, ground the planes.

If you want a moment of silence, put a brick through the window

of Taco Bell

And pay the workers for wages lost.

Tear down the liquor stores,

The townhouses, the White Houses, the jailhouses, the Penthouses

and the Playboys.

If you want a moment of silence,

Then take it

On Super Bowl Sunday,

The Fourth of July,

During Dayton’s 13 hour sale,

The next time your white guilt fills the room where my beautiful brown people have gathered.

You want a moment of silence

Then take it

Now,

Before this poem begins.

Here, in the echo of my voice,

In the pause between goosesteps of the second hand,

In the space between bodies in embrace,

Here is your silence.

Take it.

Take it all.

But don’t cut in line.

Let your silence begin at the beginning of crime.

And we,

Tonight,

We will keep right on singing

For our dead.

Emanuel Ortiz, 2002

"A moment of Silence" – in Times of Struggle!

Wir veröffentlichen hier das Gedicht „Moment of Silence“, das von Emanuel Ortiz geschrieben wurde. Emanuel Ortiz ist ein politischer Aktivist und Künstler, der dieses kritische Gedicht ein jahr nach dem 11. September 2001 veröffentlichte. Zehn jahre nach diesem Ereignis, zehn Jahre nach dem Beginn des Afghanistankrieges und in Zeiten der Krise, in denen die Herrschenden und ihre Medien versuchen uns mit ihrer Propaganda von der Realität ihrer Herrschaft abzulenken, erscheint uns die Veröffentlichung dieses Gedichtes als äußerst passend.

„Moment of Silence“

Before I begin this poem, I’d like to ask you to join me in a moment of silence in honor of those who died in the World Trade Center and the Pentagon on September 11th, 2001.

I would also like to ask you to offer up a moment of silence for all of those who have been harassed, imprisoned, disappeared, tortured, raped, or killed in retaliation for those strikes, for the victims in Afghanistan, Iraq, in the U.S., and throughout the world.

And if I could just add one more thing…

A full day of silence… for the tens of thousands of Palestinians who have died at the hands of U.S.-backed Israeli forces over decades of occupation.

Six months of silence… for the million and-a-half Iraqi people, mostly children, who have died of malnourishment or starvation as a result

of a 12-year U.S. embargo against the country.

…And now, the drums of war beat again.

Before I begin this poem, two months of silence… for the Blacks under Apartheid in South Africa, where “homeland security” made them aliens in their own country

Nine months of silence… for the dead in Hiroshima and Nagasaki, where death rained down and peeled back every layer of concrete, steel, earth and skin, and the survivors went on as if alive.

A year of silence… for the millions of dead in Viet Nam—a people, not a war—for those who know a thing or two about the scent of burning fuel, their relatives bones buried in it, their babies born of it.

Two months of silence… for the decades of dead in Colombia, whose names, like the corpses they once represented, have piled up and slipped off our tongues.

Before I begin this poem,

Seven days of silence… for El Salvador

A day of silence… for Nicaragua

Five days of silence… for the Guatemaltecos

None of whom ever knew a moment of peace in their living years.

45 seconds of silence… for the 45 dead at Acteal, Chiapas…

1,933 miles of silence… for every desperate body

That burns in the desert sun

Drowned in swollen rivers at the pearly gates to the Empire’s underbelly,

A gaping wound sutured shut by razor wire and corrugated steel.

25 years of silence… for the millions of Africans who found their graves far deeper in the ocean than any building could poke into the sky.

For those who were strung and swung from the heights of sycamore trees

In the south… the north… the east… the west…

There will be no dna testing or dental records to identify their remains.

100 years of silence… for the hundreds of millions of indigenous people

From this half of right here,

Whose land and lives were stolen,

In postcard-perfect plots like Pine Ridge, Wounded Knee, Sand Creek, Fallen Timbers, or the Trail of Tears

Names now reduced to innocuous magnetic poetry on the refrigerator of our consciousness…

From somewhere within the pillars of power

You open your mouths to invoke a moment of our silence

And we are all left speechless,

Our tongues snatched from our mouths,

Our eyes stapled shut.

A moment of silence,

And the poets are laid to rest,

The drums disintegrate into dust.

Before I begin this poem,

You want a moment of silence…

You mourn now as if the world will never be the same

And the rest of us hope to hell it won’t be.

Not like it always has been.

…Because this is not a 9-1-1 poem

This is a 9/10 poem,

It is a 9/9 poem,

A 9/8 poem,

A 9/7 poem…

This is a 1492 poem.

This is a poem about what causes poems like this to be written.

And if this is a 9/11 poem, then

This is a September 11th 1973 poem for Chile.

This is a September 12th 1977 poem for Steven Biko in South Africa.

This is a September 13th 1971 poem for the brothers at Attica Prison, New York.

This is a September 14th 1992 poem for the people of Somalia.

This is a poem for every date that falls to the ground amidst the ashes of amnesia.

This is a poem for the 110 stories that were never told,

The 110 stories that history uprooted from its textbooks

The 110 stories that CNN, BBC, The New York Times, and Newsweek ignored.

This is a poem for interrupting this program.

This is not a peace poem,

Not a poem for forgiveness.

This is a justice poem,

A poem for never forgetting.

This is a poem to remind us

That all that glitters

Might just be broken glass.

And still you want a moment of silence for the dead?

We could give you lifetimes of empty:

The unmarked graves,

The lost languages,

The uprooted trees and histories,

The dead stares on the faces of nameless children…

Before I start this poem we could be silent forever

Or just long enough to hunger,

For the dust to bury us

And you would still ask us

For more of our silence.

So if you want a moment of silence

Then stop the oil pumps

Turn off the engines, the televisions

Sink the cruise ships

Crash the stock markets

Unplug the marquee lights

Delete the e-mails and instant messages

Derail the trains, ground the planes.

If you want a moment of silence, put a brick through the window

of Taco Bell

And pay the workers for wages lost.

Tear down the liquor stores,

The townhouses, the White Houses, the jailhouses, the Penthouses

and the Playboys.

If you want a moment of silence,

Then take it

On Super Bowl Sunday,

The Fourth of July,

During Dayton’s 13 hour sale,

The next time your white guilt fills the room where my beautiful brown people have gathered.

You want a moment of silence

Then take it

Now,

Before this poem begins.

Here, in the echo of my voice,

In the pause between goosesteps of the second hand,

In the space between bodies in embrace,

Here is your silence.

Take it.

Take it all.

But don’t cut in line.

Let your silence begin at the beginning of crime.

And we,

Tonight,

We will keep right on singing

For our dead.

Emanuel Ortiz, 2002

Make NATO History – Zehn Jahre Krieg in Afghanistan

In ihrer Regierungserklärung zum „Afghanistan-Konzept“ Anfang 2010, präsentierte Merkel ein 5 Punkte Programm, welches einen endgültigen Erfolg im „Kampf gegen den Terrorismus“ versprach. Dazu gehörten unter anderem eine forcierte Ausbildung der afghanischen Armee und mehr deutsche Polizeiausbilder. Darüber hinaus wurde versichert, dass für die

kommenden fünf Jahre 50 Millionen Euro für den neuen internationalen „Reintegrationsfonds“ zur Verfügung gestellt würden. Ein endgültiges Abzugsdatum der Truppen nannte sie nicht! Doch mittlerweile wird der Abzug der ISAF vorbereitet, ab Ende 2014 sollen keine westlichen Kampfeinheiten mehr im Land sein.

Zehn Jahre Krieg – eine Bilanz der Niederlage…

Doch welche Bilanz kann jetzt, 10 Jahre nach dem Einfall westlicher Armeen in Afghanistan, gezogen werden – welche der vermeintlichen Kriegsgründe wurden beseitigt? Ist der Terror besiegt? Ist die herbeigesehnte Gleichstellung von Mann und Frau erreicht? Lebt die Bevölkerung dort endlich in Demokratie und Frieden?

Selbst für die Lügner und Kriegstreiber aus dem Pentagon, für etliche NATO-Staaten und die Parlamente, die den Krieg unterstützen ist die Bilanz erschütternd. Nichts hat sich verbessert! Weder die vermeintlichen Ziele, noch die wirklichen Interessen der Imperialisten konnten umgesetzt werden, seitdem 2001 ausländische und 2002 erste deutsche Soldaten Fuß auf afghanischen Boden setzten, um ihre jeweiligen geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen zu verteidigen.

Dazu zählten zum Beispiel der Bau einer Pipeline, die von Turkmenistan über Afghanistan nach Indien führen sollte. Außerdem war für die Imperialisten der Zugang zu den Rohstoffvorkommen im kaspischen Raum von zentraler Bedeutung, der über gewaltige Erdöl- und Erdgasvorkommen verfügt.

Die Realitität ist Krieg,Armut und Tod!

Die Realität sieht bei weitem schlimmer aus, als es die hiesigen Medien wahrhaben wollen. Seit 2001 wurden 2500 Soldaten getötet, die Zahl der ermordeten Zivilisten ist noch um einiges größer, denn allein in der ersten Hälfte 2011 starben über 1500 Menschen an den direkten Auswirkungen des Krieges. Die Bevölkerung lebt in extremer Armut und Unsicherheit. Es fehlt an Schulen und anderen wichtigen sozialen Einrichtungen. Kein Wunder, wenn man bedenkt, dass rund 95% aller Ausgaben von den Kriegführenden Nationen in das Militär, anstatt in den

versprochenen Zivilen Ausbau investiert werden!

Auch die Rate der Gewalttaten gegen Frauen stieg und der Opiumanbau erzielte dieses Jahr erneute Rekordernten. Unterstützt werden die Besatzer von dem 2001 eingesetzten Präsident Hamid Karzai, welcher unter anderem ein ehemaliger Mitarbeiter des US-Energiekonzerns „Unocal“ ist. Die Gesetze seines „demokratischen“ Regimes stehen häufig nur auf dem Papier, die internationalen Hilfsmilliarden versickern in korrupten Kanälen oder fließen zurück in die „Geber-Länder“.

Zehn Jahre Afghanistankrieg sind genug, Truppen raus aus Afghanistan!

So behauptete Karzai auf der vergangenen Münchner Sicherheitskonferenz, Afghanistan werde 2015 „ein funktionierender Staat sein“ – funktionieren im Sinne des westlichen Kapitals. Trotzdem lädt die Bundesregierung am 5. Dezember wieder zur Afghanistan-Konferenz in Bonn, um über die Ausweitung der „zivil-militärischen Zusammenarbeit“, im Klartext effizientere Kriegsführung und Aufstandsbekämpfung, zu debattieren. Auch soll ein Kontrollorgan der NATO-Staaten geschaffen werden, mit dessen Hilfe sie nach dem Abzug in die Entwicklung Afghanistans jederzeit eingreifen können.

10 Jahre nach dem Beginn steht eines fest deutlicher denn je fest – Dieser Krieg wurde nie im Interesse der afghanischen Bevölkerung, im Sinne der Demokratie, sozialer Bedürfnisse oder für die Befreiung der Frau geführt. Es ist ein Krieg im Interesse des Kapitals, dessen Erfolg selbst für die Imperialisten immer mehr ins wanken gerät.

- Afghanistan – Konferenz am 05. Dezember in Bonn zum Desaster machen – für eine antimilitaristische Bewegung!
- Gegen den deutschen und internationalen Imperialismus – fremde

Truppen raus aus Afghanistan!

- Für eine organisierte Jugend-und Arbeiterbewegung in Afghanistan, die auf die Solidarität und Unterstützung der arabischen Revolutionen bauen kann!

Ein Artikel von Felix Rosenberg, REVOLUTION-Stuttgart

Brandanschläge in Berlin – Welche Militanz brauchen wir?

Seit kurzem ist sie erneut in aller Munde – Die Frage, ob und welche Gewalt legitim ist! Ein erneuter Auslöser für diese Debatte sind die anhaltenden Brandanschläge auf Berliner S-Bahnen, nachdem in diesem Jahr allein in Berlin bereits über 300 Autos ausbrannten. Durch die Gruppe, die sich selbst„Hekla“ nennt, von einem isländischen Vulkan abgeleitet, haben die Aktionen nun eine neue Qualität erreicht.

Während die Reaktion der bürgerlichen Medien und etlicher Politiker eine Kampagne ist, die sich nicht nur gegen die Brandstifter, sondern gegen die radikale Linke, letztlich aber die Jugend-und Arbeiterbewegung im allgemeinen richtet, ist die Linke über diese Frage gespalten. Einige bezweifeln, dass „Hekla“ eine linke Gruppe sei, sondern vielmehr eine Inszenierung des Staates. Aus dem autonomen Spektrum gibt es viele, die die Brandanschläge begrüßen. Andere wiederum, haben Kritik an der Aktion, weil sie den Medien und der „Öffentlichkeit“ missfallen und besonders reformistische und pazifistische Organisationen, wenden sich kategorisch gegen den Einsatz jeglicher Gewalt, demzufolge auch gegen die momentanen Brandanschläge. Doch wie sollten sich junge Kommunist_innen zu den momentanen Brandanschlägen und der Frage der Gewalt im allgemeinen Positionieren?

Die wenigsten der bisherigen Kritiker, ebenso wie viele Befürworter, haben die Brandanschläge im Zusammenhang mit einer allgemeinen Perspektive, die eine erfolgreiche Linke haben müsste, um gegen die Krise des Kapitalismus vorzugehen betrachtet. Das ist auch das Problem, das zwar zu vielen richtigen Ansätzen und Argumenten geführt hatte, aber keine allgemeine Antwort auf die Frage geben konnte, welche Militanz eine revolutionäre Jugendbewegung braucht.

Während wir uns als junge Kommunist_innen weigern Gewalt grundsätzlich abzulehnen, wie es die Gewerkschaftsführungen, die LINKE oder Teile der „Occupy-Bewegung“ tun, denken wir aber, dass sie keine grundlegende Strategie gegen den Kapitalismus ist.

Gewalt ist unserer Meinung nach ein taktisches Mittel. Eines ist nämlich klar – Die Gewalt der Herrschenden, von Kapital und Staat, werden nicht durch die moralische Größe des Widerstandes überwunden werden. Diejenigen, die Militär, Polizei und Geheimdienste kontrollieren werden nicht zögern sie gegen uns einzusetzen, wenn wir uns wehren. Daher dürfen wir auch nicht zögern uns notfalls auch mit Mitteln der Gewalt gegen sie zu stellen, um ihrer Unterdrückung ein für alle mal ein Ende zu bereiten!

Wenn zum Beispiel Faschisten aufmarschieren, werden diese nur durch Massenmobilisierungen und Selbstverteidigungsaktionen der ansässigen Bevölkerung daran gehindert, selbst ihre terroristische Gewalt auf unseren Straßen zu verbreiten. Auch Streiks sind ein Mittel der Gewalt, auch wenn sie heutzutage selten physische Gewalt anwenden, denn sie stellen die ökonomische Kontrolle des jeweiligen Unternehmers oder Konzerns zumindest kurzzeitig in Frage. Genauso waren die Proteste im arabischen Raum gegen Mubarak, Gaddafi oder Ben Ali von Anfang an gewaltsam. Und sie waren es zurecht, denn sonst wären sie alle an Militär und Polizei, den wichtigsten Repressionsorganen des bürgerlichen Staates, gescheitert. All das zeigt, dass Gewalt ein unerlässliches Mittel von sozialen Bewegungen darstellt. Wir lehnen Brandanschläge daher nicht deshalb ab, weil sie eine Form der Gewalt darstellen.

Auch das Argument, dass eine soziale Bewegung, die Linke oder einzelne

Organisationen ihre Aktionen nach dem Echo der Medien richten sollten halten wir für falsch. Der Grund liegt einfach darin, dass soziale Bewegungen, die sich ernsthaft gegen die bürgerliche Gesellschaft niemals auf Dauer positiv von bürgerlichen Medien aufgegriffen werden.

Das wirkliche Problem der Brandanschläge ist, dass sie kein Mittel sind, um breite Bevölkerungsschichten tatsächlich in die Aktion einzubeziehen. Nur durch die geeinte Aktion von sozialen Bewegungen, nur durch die geeinten Aktionen der Arbeiterbewegung und der Jugend kann kritisches, revolutionäres Bewusstsein entwickelt werden. Individuelle Aktionen, wie die momentanen Brandanschläge stoßen breite Teile der Bevölkerung aber weg von der gemeinsamen Aktion mit Linken und Kommunist_innen. Darüber hinaus waren sie in diesem Falle, wie wir aufgrund von Gesprächen mit unterschiedlichen Eisenbahngewerkschaftern erfahren mussten, tatsächlich eine Bedrohung für Bahnbeschäftigte und Passagiere, die bis hin zum Zusammenstoß und der Entgleisung von Zügen hätte führen können. Bedenkt man, dass insbesondere ein Großteil der Bahnpassagiere Arbeiter_innen sind, sind diese Aktionen nicht nur unangebracht, sondern besitzen auch einen spaltenden Charakter für soziale Bewegungen.

In diesem Zusammenhang erscheint auch das Argument „die blinden Massen aufzurütteln“ wenig überzeugend! Gerade wenn wir die Krise, die Eindrücke des arabischen Frühlings, Proteste wie die Occupy-Bewegung, Streiks und Massenaktionen auf dem ganzen Globus bedenken, ist es sogar hinfällig.

Unsere Antwort auf Krise, Sparmaßnahmen, Krieg und Hunger müssen Aktionen sein, die dazu in der Lage sind die Masse einzubinden. Natürlich können wir die Sympathien vieler Jugendlicher für die Brandanschläge, die von ihrer gefühlten Hilflosigkeit im Kapitalismus herrührt, nachvollziehen. Diese Hilflosigkeit kann aber nur durch globale Massenbewegungen und militanten Widerstand, der kollektiv durch die Jugend-und Arbeiterbewegung in Form von Demonstrationen, über Betriebsbesetzungen bis hin zu Generalstreiks geführt wird, überwunden werden.

Ein Artikel der REVOLUTION Ortsgruppe Berlin

Occupy Bewegung – Wie der arabische Frühling die Wall Street erfasst!

Seit dem 17.September gibt es auch in Amerika eine Zeltstadt im Herzen des Finanzviertels von New York City. Inspiriert von den Protesten in der arabischen Welt und der M15-Bewegung in Spanien besetzten einige Hundert Menschen nach einer Protestaktion vor der Wall Street den Zuccotti Park in Manhattan. Dort werden Demonstrationen geplant und die tägliche „General Assambly" abgehalten.

Hatte man vor Kurzem noch die zu tiefst reaktionäre, rechtspopulistische Tea-Party-Bewegung des häufigen in den Medien vernehmen müssen, wächst nun nach den Protesten von Gewerkschafter_Innen, Jugendlichen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgehend von Madison vor gut 8 Monaten erneut eine landesweite Bewegung heran, welche eine Opposition zu der Tea-Party-Bewegung darstellen könnte. Ein Anzeichen hierfür sind die aufkommenden Forderungen auf den „General Assamblys", dass Vertreter_Innen der Tea-Party-Bewegung die Teilnahme an dieser verboten werden soll.

… **und das Wachstum einer Bewegung!**

Einen ersten wichtigen Wachstumsschub bekam der Protest, als bei einer Demonstration die New Yorker Polizei mit Pfefferspray gegen Demonstrant_Innen vorging und mehrere Personen verhaftete. Diese Aktion des NYPD führte zu einer großen Solidaritätsbewegung nicht nur in NYC. Die Demonstrationen und Solidaritätsaktionen breiteten sich von Küste zu Küste in den USA aus. Dies führte einerseits zu einem starken Anwachsen von „occupy wall street", anderseits wurde der Bewegung durch die Erfahrung mit der Polizei einige Illusionen in eben diese genommen. Es fanden sich nun

auch Forderungen in der Bewegung wieder, welche die Polizeigewalt verurteilte und für eine Aufklärung der Geschehnisse eintraten.

Ebenfalls wichtig für den Protest war, dass sich infolge des Polizeiangriffes auf die Demonstration immer mehrere Teile der organisierten Arbeiterklasse den Protesten anschlossen. Dies hebt die Bewegung unweigerlich auf eine nächste Stufe. Neben öffentlichen Solidaritätsschreiben an die Bewegung von gewerkschaftlichen Verbänden kam es auch zu praktischen solidarischen Aktionen in Form von persönlicher Unterstützung der Besetzungen und Demonstrationen durch Gewerkschafter_Innen.

Nach dem ersten Angriff der Polizei kam es am letzten Samstag erneut zu einem Manöver gegen die Bewegung. Als die an diesem Tag stattfindende Demonstration an der Brooklyn Bridge angekommen war, wurden von der Polizei 700 Menschen der rund 1.500 Demonstrant_Innen festgesetzt. In NYC ist es gesetzlich verboten, während einer Demonstration den Bürgersteig zu verlassen und auf die Straße zu gehen. Die Demonstrant_Innen wurden von der Polizei gezielt auf die Straße gelotst, um sie daraufhin damit zu konfrontieren und sie mit diesem Vorwurf zu verhaften. Dieses Ereignis erzeugte erneut eine große Welle der Solidarität, welches zu einem erneuten Wachstum der Bewegung führte und den Protest in immer weitere Städte des Landes trug.

Für was steht die Bewegung eigentlich?

„occupy wall street“ schreibt von sich selbst, sie sei ein von Menschen getragener Protest für mehr Demokratie. Inspiriert von den ägyptischen Unruhen ausgehend vom Tharir-Platz und den spanischen Protestcamps, möchten sie mit ihren Aktionen auf die Korruption der Demokratie aufmerksam machen und diese bekämpfen. Von sich selbst sagt sie 99% der amerikanischen Bevölkerung gegenüber den 1%-Superreichen zu vertreten. Dieses Prozent, welche sich an der Krise bereicherte, während die restliche Mehrheit der Bevölkerung die Kosten der Krise bezahlen musste, ist ein Hauptkritikpunkt der Bewegung, aus welcher sie ihre Dynamik zieht. Diese Kosten sollen jedoch – gehe es nach den Aktivist_Innen – die Banker und die multinationalen Firmen für die Krise bezahlen.

Einen Plan, wie sie diese Forderung durchsetzen möchte, hat die Bewegung jedoch nicht. Sie beschränkt sich auf eine große Öffentlichkeit, welche durch eine möglichst breit gestreute Öffentlichkeitsarbeit – sei es via Internet oder andere Medien – erreicht werden soll. Die Bewegung ist fixiert darauf, möglichst groß zu werden! Sie jagt der Illusion nach, dass mit purer Masse die Ziele schon erreicht werden können.

Auch das Umgehen mit den Angriffen der Polizei auf die Demonstrant_Innen zeigte, dass darauf keine Antwort vonseiten des Protestes gegeben werden kann. Die Angriffe führten innerhalb der Bewegung etwa nicht dazu, den Aktionskonsens der Gewaltfreiheit zu diskutierten, oder das sie gar Überlegungen anstellte, wie sie sich gegen weitere Angriffe der Polizei schützen könnte. Nein, sie besteht weiterhin darauf, gewaltfrei zu demonstrieren. Diese Gewaltfreiheit schließt aber auch die Selbstverteidigung gegen Polizeigewalt oder andere Angriffe mit ein.

Wohin geht demnach die Bewegung?

Derzeit scheint das Wachstum immer weiter zugehen und weitere Teile des Landes zu erreichen. Dies zeigt sich in der stetigen zahlenmäßigen Zunahme und die weiter zunehmende Unterstützung durch immer breitere Teile der Arbeiterklasse aber auch der bürgerlichen Parteien und Medien.

Die Bewegung hat jedoch noch keine klare Kritik an den derzeitigen politischen Verhältnissen und der bürgerlichen „Bewältigung“ der letzten Krise. Äußerst positiv ist jedoch, dass die Bewegung sehr wohl die internationalen Dimensionen des Problems erkannt hat.

Haben die Aktivist_Innen durch ihre Kritik an der Bewältigung der Wirtschaftskrise und den „bailouts“ der Banken zwar noch keine antikapitalistische Stoßrichtung, so haben sie jedoch eine gewisse Kritik an den Umständen, die der Kapitalismus tagtäglich mit sich bringt.

Wichtig ist auch der Slogan der 99%! Zwar zeigt er auf, dass große Teile der Bewegung eine Spaltung der Gesellschaft in wenige Reiche und viele Arme sehen, jedoch offenbart er auch ein fehlendes Klassenbewusstsein. Sie teilt die bürgerliche Gesellschaft nicht ein in Klassen – die Arbeiterklasse und

die Kapitalistenklasse – so wie in der Realität. Sondern sie kritisiert nur einen kleinen Teil der Kapitalist_Innen, indem sie die 1%-Superreichen im Lande an den Pranger stellt. Das Problem daran natürlich nicht, dass mehr als nur Arbeiter_innen an den Protesten teilnehmen würden. Das Problem ist, dass die Anschauung, dass wenn nur die 99% Bewusst in der jetzigen Gesellschaft agieren würde, sie Korruption, Intransparenz, Armut und den Mangel an Demokratie beheben könnten. Tatsächlich braucht die Bewegung aber einen klassenkämpferischen Standpunkt, um ihre Forderungen wirklich umsetzen zu können und entschlossen gegen die Ursache ihres Bestehens vorgehen zu können – den Kapitalismus.

Hierfür wurden schon wichtige Schritte gemacht, als die Gewerkschaften die Protestbühne betraten. Diese Verbindung muss ausgebaut und weiter strukturiert werden. Hierfür müssen die Versammlungen in den einzelnen Städten in den USA zu Organen umgebaut werden, welche über basisdemokratische Mehrheitsentscheide den Protest planen und entschließen können. Darüber hinaus müssen die Teile der Bewegung über die Städte hinweg verbunden werden. Es wird nationaler Versammlungen bedürfen, zu welchen die einzelnen Städte Delegierte entsenden können. Bei solchen Delegiertenversammlungen soll es auch Organisationen der Arbeiterklasse erlaubt sein, Delegierte zu entsenden, um die Verbindung mit den Kräften der organisierten Arbeiterklasse zu verstärken.

Eine weitere Schwäche offenbart sich an der Kritik der korrupten Demokratie. Hiermit offenbart der Protest ein Staatsverständnis, welches ein Bild des neutralen Staates aufweist. Der Staat ist über allem erhaben und kann mit nur genügend Druck zurechtgerückt werden. Diese Einschätzung des bürgerlichen Staates ist eine gefährliche Illusion in diesen. Der Staat ist ein bürgerlicher und somit ein Staat in den Händen der Kapitalist_Innen. Diese werden im Falle des Falles alle Mittel der Repression in die Wege leiten,
um die Bewegung anzugreifen und zu schwächen. Dies zeigte sich auch schon in den ersten Angriffen der Polizei auf die Demonstrant_Innen und die hohen zahlenmäßigen Verhaftungen von Protestierenden. Hierfür müssen die einzelnen Zeltstädte und Demonstrationen einen Selbstschutz organisieren.

Einerseits um ihre Camps und Demonstrationen vor Angriffen oder eventuellen Räumungen vor der Polizei zu schützen, als auch gegen Angriffe von reaktionären Kräften vorgehen zu können.

Revolutionär_Inne müssen in den offenen Versammlungen für die oben angesprochenen Ziele kämpfen! Weiter sollte versucht werden weitere Kräfte der Arbeiterklasse in die Bewegung zu ziehen, Forderungen zu erarbeiten und für diese gemeinsam zu kämpfen. Dies ist auch dahin gehend wichtig, da schon die ersten Gewerkschaftsbürokrat_Innen den Anschein machen, den Forderungen der Bewegung, aufgrund ihrer „Radikalität" nicht unterstützen zu wollen.

The workers need a party of their own!

Der Protest zeigt erneut auf, dass in den USA eines der wichtigsten Projekte der Arbeiterbewegung noch bevorsteht. Der Aufbau einer Arbeiterpartei. In der Zweiparteienlandschaft der USA hat die Arbeiterklasse keine eigene Partei, um für die Interessen der Klasse auch den politischen Kampf führen zu können. Wenn die Bewegung derzeit auch noch zu klein ist, um der Ausgangspunkt für die Gründung einer Arbeiterpartei innerhalb der Vereinigten Staaten zu sein, müssen Revolutionär_Inne diese Forderung in die Bewegung tragen, um weitere Kräfte dafür zu gewinnen!

Aber nicht nur in den USA gehen die Leute derzeit auf die Straße. Schaut man sich in anderen Ländern der Welt um, gehen auch über kontinuierliche Zeit Menschen in Massen auf die Straße. Dies verdeutlicht die internationale Dimension des Protestes gegen die derzeitigen Folgen der Wirtschaftskrise. Sei es in Griechenland, Spanien, Italien, Großbritannien oder Portugal. Auch außerhalb von Europa dreht sich die Protestspirale munter weiter. Gingen vor Kurzem in Israel die Massen in für dort unglaublichen Zahlen für soziale Forderungen auf die Straße, sieht man auch in Nordafrika immer wieder aufflammende Proteste gegen die Verhältnisse. Die Proteste zeigen aber auch, dass isolierte Aktionen von kleinen Schichten der Gesellschaft nicht ausreichen. Hierfür bedarf es revolutionäre Arbeiterparteien in allen Regionen der Welt! Diese müssen jedoch auch international organisiert werden, um die Proteste der einzelnen Länder und Regionen der Welt

zusammenzuführen und die Kräfte gemeinsam auf ein Ziel zu lenken! Hierfür brauchen wir eine neue revolutionäre Internationale! Die 5.Internationale!

Ein Artikel von Chris Gebhardt, REVOLUTION-Freiburg

Österreichische MetallerInnenstreiks – Gemeinsam kämpfen, gemeinsam siegen!

Das ist ein Artikel der österreichischen REVOLUTION-Sektion zu den Streiks der MetallerInnen in Österreich, den wir aktiv und vor Ort untertützen. Einem der erstentreiks seit langem in dieser Branche und ein wichtiges Zeichen für den österreichischen Klassenkampf.

Zum ersten mal seit 25 Jahren haben die Gewerkschaften Pro.Ge und GPA einen Vollstreik bei den MetallarbeiterInnen ausgerufen. Schon in der zweiten Verhandlungsrunde in der Nacht auf den 13.10. hatten die ArbeitnehmerInnen den Verhandlungstisch verlassen – vollkommen zu Recht! Denn das Angebot der Industrie, im Schnitt 3,65 % mehr Lohn und eine Einmalzahlung entspricht keines Wegs der Realität und ist eine Provokation! Die Gewerkschaft entschloss sich, ihre Forderung von 5,5 % Lohnerhöhung etwas nachdrücklicher zu vertreten – und rief Warnstreiks aus. Jetzt stellt sich die Frage wie der Vollstreik erfolgreich durchgeführt und die Industrie in die Knie gezwungen werden kann.

Die Forderung der Gewerkschaft ist nach allen Gesichtspunkten korrekt – die

hohe Inflation der letzten Jahre, die niedrigen Abschlüsse und die absurd hohen Gewinne in der Metallbranche machen das Angebot der ArbeitgeberInnen nicht nur zu einer Farce, sondern zu einer Frechheit. Wie jedes Jahr wurden Boni an die ManagerInnen und Dividenden an die AnlegerInnen ausgezahlt, haben die KapitalistInnen kräftig verdient – und doch wird wieder eine Ausrede gesucht, den ArbeiterInnen den Lohn nicht zu erhöhen. Das ist aber nicht nur eine Boshaftigkeit der UnternehmerInnen oder eine Ausnahme, sondern der ganz normale Alltag im Kapitalismus. Das Ziel der UnternehmerInnen ist es, die Angestellten so effizient wie möglich auszubeuten!

Gut also, dass die ArbeiterInnen auch Druckmittel haben – Druckmittel mit denen sie im Notfall die gesamte Gesellschaft lahm legen können. Und darum ist es so wichtig, jetzt zu streiken und den Streik nicht abzubrechen. Der wirtschaftliche Druck trifft die UnternehmerInnen nämlich da, wo es ihnen weh tut: Beim Profit. Doch die Gewerkschaftsspitze hat sich in den letzten Jahren nicht gerade als harte Vertreterin von ArbeiterInneninteressen erwiesen, ist immer wieder eingeknickt und hat sich auf faule Kompromisse eingelassen. Darum muss die Basis, also die streikenden ArbeiterInnen darauf bestehen, nicht nur zu streiken bis die Industrie mit einem neuen Angebot an den Verhandlungstisch zurück kehrt. Der Streik muss bis zum erfolgreichen Verhandlungsende, bis zum Durchsetzen der Forderungen gehen! Für den unbefristeten Streik!

Besonders schwierig ist aber die Lage der Lehrlinge. Denn sie werden wesentlich schlechter bezahlt als andere ArbeiterInnen und haben weniger Rechte, leisten jedoch vollwertige Arbeit. Für sie sind die Kämpfe jetzt besonders wichtig – doch leider sind sie in der Gewerkschaft kaum vertreten. So nimmt kein Vertreter der Lehrlinge, der von den Lehrlingen selbst gewählt wird an den Verhandlungen teil. Deshalb müssen die Lehrlinge sich im Streik besonders einbringen und ihre eigenen Forderungen vorbringen – für eine angemessene Bezahlung nach Mindestlohn, für Mitbestimmungsrechte in Betrieb und Berufsschule und für kostenlose Unterkunft in selbstverwalteten Internaten und Wohngemeinschaften statt den autoritären und teuren Lehrlingswohnheimen!

Die Verhandlungen der MetallerInnen sind wie jedes Jahr der Auftakt der Kollektivvertragsverhandlungen und wichtig für alle Branchen. Ja, ein Sieg der MetallerInnen gegen die UnternehmerInnen wäre ein Sieg für alle, die in den letzten Jahren vom Kapitalismus in die Mangel genommen wurden – für die Angestellten und ArbeiterInnen aber auch für Lehrlinge, SchülerInnen und StudentInnen. Darum darf man den Kampf der MetallerInnen nicht getrennt von anderen Kämpfen sehen und man darf ihn nicht alleine stehen lassen. Genau das ist es doch, was die UnternehmerInnen, die Bosse und die Regierung wollen – uns einen nach dem anderen vornehmen und fertig machen. Aber gemeinsam sind wir stark! Für Solidaritätsstreiks und Protestaktionen, zum Beispiel an den „Picket Lines" vor den Betrieben!

Diese Kämpfe um Löhne und Mitbestimmung gibt es aber nicht nur in Österreich – in Griechenland, Spanien, sogar den USA und in vielen anderen Ländern kämpfen die Ausgebeuteten jetzt gegen das Kaputtsparen, gegen Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Der Ausrede der KapitalistInnen, dass wegen der Krise gespart werden musst stellen wir klar entgegen: IHR habt diese Krise verursacht – also spart doch bei euch selber! Umso wichtiger ist es, dass wir auch auf internationaler Ebene gemeinsam kämpfen und uns vernetzen. Für Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland, Spanien und überall!

Unsere Forderungen für die Streiks sind:

- Streik bis zum Erreichen der Forderungen von 5,5 % Lohnerhöhungen! Für den unbefristeten Streik!
- Für die Wahl von Streikräten, die die Blockade der Betriebe und nötigenfalls ihre Besetzung organisiert!
- Für die Vertretung von Lehrlingen und Lehrlingsforderungen in Streikräten, Betriebsversammlungen und Gewerkschaftsgremien!
- Mindestlohn, gratis Unterkunft und mehr Mitbestimmung für Lehrlinge!
- Für die volle Einbeziehung der LeiharbeiterInnen in die Streiks!

- Für Solidaritätsstreiks, Vernetzung und Protestaktionen aus allen Branchen und Bereichen! Kämpfen wir gemeinsam!
- Für die Verstaatlichung aller Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle, die die Lohnerhöhungen nicht zahlen wollen oder Arbeitsplätze streichen!

Parteien zur Wahl – Nachruf zur Berliner Abgeordnetenhauswahl

Geht man heut zu tage zur Wahl, so wählt man nicht, was man gerne hätte, man wählt das was man am wenigsten nicht gerne hätte. Man wählt nicht, weil man sich große Hoffnungen macht, sondern weil man weiterhin hoffen können möchte.

Wen soll man wählen, wenn man reich ist, und noch reicher werden will? Wohl kaum eine Gruppe von Versagern, die sich bundesweit mit den falschen einlässt, nämlich denjenigen, die zwar ihre 18 Prozent bekommen, das entscheidende Komma aber um eine Stelle verrutscht ist.

Wen wählt man, wenn man arm ist und nur ein bisschen mehr Geld haben möchte? Eine andere Gruppe von Versagern, die nach 10 Jahren Regierungsverantwortung rein garnichts auf die Reihe bekommen hat und sich in dieser Zeit so weit von ihrer Wählerschaft entfernt hat, dass ihr die nächste Zeit in der Opposition vielleicht auch als eine Art „Selbstfindungsprozess“ dienen kann?

Die Freiheitsliebenden, die Protestwähler oder auch die, die sich mal schlauer fühlen wollen, als die Person, die sie wählen machen ihr Kreuz bei

denen, die sie schon lange kennen, die sie schon in ihrer Kindheit begleitet haben und die für die spannendsten Abenteuer gesorgt haben. Heute tragen sie keine Augenklappen und Säbel mehr, aber welches Schiff sie überfallen entscheiden sie immer noch spontan. Da macht es keinen Unterschied, ob man das der großen Handelsmarine kapert oder das des kleinen Fischers, obwohl die Handelsmarine gut bewaffnet ist und sich wahrscheinlich besser verteidigen kann als Fischers Fritz der frische Fische fischt. Aber das eigene Schiff gewinnt vielleicht umso mehr Gewicht, je mehr Ratten vom sinkenden fliehen und überlaufen auf den scheinbar sicheren Kahn. Da ist man auch offener, toleranter und noch nicht so festgefahren, da ist Platz für neue Ideen. Ein Wirtschaftsprogramm ist noch garnicht ausgearbeitet, da kann man vielleicht helfen.

Aber Herr Jeminee hat sich schon entschieden. Er vertraut keinem Säbel und auch nicht den Blumenkindern, die sowieso früher oder später den Weg der Bananen gehen. Sein Kandidat nimmt es mir größeren Monstern auf, mit Dinosauriern, auch wenn sie zu physischen Angriffen

übergehen. Denn der Herr Melin, ist DER Spitzenkandidat der sein Vertrauen gewonnen. Er bleibt ihm treu, dem Herr Jeminee, er geht nicht einfach nach 10 Jahren, sondern er zeigt ihm, was Verantwortung heißt. Aus Fehlern lernt man, heißt es, und dass hat der Herr Melin getan. Wer sich mit den falschen einlässt, der bleibt erfolglos.

Also wartet der Herr Melin auf den Winter, wechselt sein Fell um nicht Gefahr zu laufen, aufzufallen, und verharrt so, gut getarnt an Ort und Stelle. Herr Jeminee ist zufrieden, kleiner Aufwand, großer Nutzen. Ein Kreuz, Ruhe.

Regierungskrise: Schwarz-Gelb vor dem Kollaps?

Trotz der politischen Sommerpause hat sich die Krise der Regierung vertieft. Die anschließenden Landtagswahlen und die weitere Zuspitzung der Schuldenkrise beschleunigen den Zerfall dieser Bundesregierung. Mitte September ließ sich sogar der Fraktionsvize der FDP-Bundestagsfraktion, Zastrow, zu der Aussage hinreißen: „Wenns nicht klappt in einer Koalition, muss man auch überlegen, diese zu beenden“. Aktueller Anlass für diese Endzeitstimmung ist die Diskussion um eine „geordnete Insolvenz“ für Griechenland. Diese brachte Vizekanzler Rösler (FDP) ins Gespräch. Gegen die EU-Rettungsfonds und Rettungsschirme (ESFS und ESM) betrieb die FDP Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin – im Widerspruch zur offiziellen Politik der Bundesregierung. Trotz der Wahlkampfrhetorik gegenüber dem EU-Rettungsschirm konnte die FDP bei den Wahlen ihren Niedergang nicht aufhalten, in beiden Bundesländern liegt sie noch hinter der NPD. Selbst die wieder entdeckte „Zweitstimmen“ Kampagne, welche vor allem CDU-WählerInnen anlocken sollte, schlug fehl, die FDP verlor viele Stimmen an die CDU. Nach den Wahlen kam die CSU der FDP zu Hilfe. Auch sie verschärft die Rhetorik in der Schuldenkrise. Selbst bürgerliche Kommentatoren sprechen inzwischen von einem möglichen Regierungsende, einige Abgeordnete aus beiden Regierungsfraktionen werden als „Euro-Rebellen“ vorgezeigt.

Die Schuldenkrise und die Interessen des Kapitals

FDP Wahlplakat von 1949

Offiziell waren Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble nicht sonderlich begeistert über die Vorstöße des Vizekanzlers, allerdings müssen wir diesen Konflikt vor dem Hintergrund der Interessen des deutschen

Kapitals betrachten. Vizekanzler Rösler war bemüht, seine Insolvenzandrohungen als Teil der gesamten Diskussion darzustellen und dass es gar keinen Widerspruch zur Politik der CDU gibt. Das griechische Sparpaket bspw. wurde größtenteils von deutschen Bürokraten entworfen, die Schuldenbremse für die EU ist auch die Erfindung des deutschen Kapitals. Rösler bringt einfach die Drohung bei Nicht-Befolgung dieser Maßnahmen auf den Punkt: entweder die Diktate aus Berlin/Brüssel werden befolgt oder wir schicken eine Volkswirtschaft in die Insolvenz, mal abgesehen davon, dass keiner weiß, wie das aussehen soll. Somit verstärkt Rösler nur den Druck für die griechische Regierung, neue und härtere Sparmaßnahmen durchzusetzen.

Warum bekommt diese „bürgerliche" Regierung in einer tiefen Wirtschaftskrise solche inneren Probleme? Zum einen muss die Bundesregierung als „ideeller Gesamtkapitalist" auftreten, d.h. die grundlegenden objektiven Interessen des deutschen Kapitals umsetzen – als Klassenherrschaft gegen die Mehrheit, das Proletariat. In dieser Funktion wird eine Bundesregierung meist geleitet von den stärksten Sektoren des nationalen Kapitals, in unserem Fall das Exportkapital und der Finanzmarkt. Allerdings vertritt diese Koalition auch alle anderen Sektoren des Kapitals, auch jener, die in der Konkurrenz mit den starken Sektoren unterliegen und möglicherweise auch abweichende Interessen haben.

Gerade die Diskussion um die „Rettungsschirme" zeigt diese inneren Widersprüche des Kapitals. Der Finanzmarkt braucht neue Milliarden als Bürgschaften und Spekulationsmunition und das Exportkapital braucht zahlungsfähige Absatzmärkte – dafür muss die Bundesregierung in erster Linie Politik machen. Wem diese Politik nützt, ist v.a. den anderen Kapitalsektoren, den kleinbürgerlichen Schichten völlig klar – so erklärt sich auch z.T. der FDP-Amoklauf. Hier fühlen sich einige Kapitalisten nicht richtig vertreten von ihrer „Wunschregierung". Die Androhung einer „geordneten Insolvenz" von Rösler hätte auch bedeutet, dass Kapitalfraktionen (Export und Finanzmarkt) auf ihre Gewinne in und an Griechenland hätten verzichten müssen – hier geht es um Profitinteressen und Profitabsicherung.

Diese Konflikte werden nun offen in der Koalition ausgetragen, dies ist sicher

neu für christlich-liberale Koalitionen, aber deswegen wird diese Koalition auf keinen Fall von selbst aufgeben, sondern sich zumindest bis zur Wahl 2013 schleppen. Auch wenn das angesichts des Zustands der FDP derzeit wenig sicher scheint, so kann der Parteispitze zumindest soviel Verstand zugetraut werden, nicht jetzt auf Neuwahlen zu spekulieren

2013 würde noch eine Chance bestehen, in den Bundestag einzuziehen, derzeit würde die FDP sich bei einem Koalitionsbruch quasi selbst liquidieren. Spätestens diesen Fakt wird Kanzlerin Merkel den möglichen „Abweichlern" einbläuen, zumindest für die Abstimmungen, bei denen die eigene Mehrheit stehen muss. Zwar ist bei Merkel derzeit auch wenig Souveränität zu erblicken, aber zumindest Sarkozy hat sie in Sachen Schuldenbremse und rechtliche Richtlinien für den ESFS auf Linie gebracht, dort handelt Merkel durchaus als ideeller Gesamtkapitalist für das deutsche Kapital. Trotz dieser tiefen Krise der Regierung, den widerstreitenden Kapitalfraktion bei Schwarz/Gelb, kann diese Bundesregierung sich auf zwei wichtige Unterstützer verlassen: die Gewerkschaftsführung und die Oppositionsparteien.

Parlamentarismus ohne Opposition

Die Abstimmung über den EU-Rettungsfond wird ein erster Test für die Mehrheitsverhältnisse in der Regierungskoalition. Gleichzeitig wird diskutiert, den Rettungsschirm ESM vorzuziehen, auch wenn Merkel sich manch eigener Abgeordneter nicht sicher sein kann – bei SPD und Grünen kann sie sicher sein. Diese beiden Parteien werden wahrscheinlich zu größeren Teilen für die EU-Maßnahmen stimmen, schließlich haben sie auch keine Alternative zu dieser Politik.

Die Kritik von SPD und Grünen geht eher in die Richtung, dass sie Merkel Langsamkeit vorwerfen und der Regierung eine schlechte Informationspolitik unterstellt wird. Somit werden die Stimmen der SPD und den Grünen die Merkel-Regierung erst mal stützen. Hier zeigt sich wieder einmal, was „demokratischer Parlamentarismus" so wert ist. Wenn es um die Unterstützung der Finanzmärkte geht, gibt es nur eine Meinung, ebenso bei den Sparpaketen gegen Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien.

Etwas Opposition kommt dann bei den Forderungen nach den „Euro Bonds“, welche besonders stark von Linkspartei und DGB gefordert werden – zumindest einen Unterschied zu Schwarz/Gelb gibt es noch.

Bei den geforderten „Euro Bonds“ haben wir es aber auch nicht mit einer realen Alternative, geschweige denn mit einer kämpferischen Alternative gegen die Schuldenkrise zu tun. Die Idee, den Euroraum als eine Anleihe zu handeln, würde voraussetzen, dass es auch ein geeintes europäisches Kapital gibt – dem ist aber nicht so. Von daher agieren Linkspartei und DGB zwar schon mal als „ideeller Gesamtkapitalist“ der EU, doch leider ist das Kapital noch nicht so weit wie die Reformisten.

Bislang profitiert das deutsche Kapital von der Schuldenkrise, es kann zu niedrigen Zinsen Kredite aufnehmen. Die „Euro Bonds“ würden einen Wettbewerbsvorteil des deutschen Kapitals eingrenzen, aber die EU als Währungsraum stärker gegenüber den USA in Stellung bringen. Soviel zu den „strategischen Ideen“ der LINKEN und der reformistischen Spitzen.

Besonders während einer Wirtschafts- und Schuldenkrise können wir sehen, wie überflüssig die parlamentarische Demokratie eigentlich ist bzw. welchen Interessen sie dient. Ob es die Rettungspakete in Deutschland oder die Euro-Rettung 2010 waren: Wenn der Finanzmarkt nach frischem Kapital ruft, folgt das Parlament wie selbstverständlich.

Noch deutlicher wurde diese Überflüssigkeit bei den letzten Wahlen in Portugal und Irland. Obwohl die jeweilige Opposition natürlich im Wahlkampf bessere Konditionen gegenüber der EU aushandeln wollte, manchmal sogar keine Rettung durch die EU in Anspruch nehmen wollte (Irland), sah es nach den Wahlen anders aus. Nach den Wahlen gab es Verhandlungen und den „Druck der Finanzmärkte“, sprich: die Anweisungen des Finanzkapitals. Sofort waren die Parteien, die davor noch gegen die EU und die Sparmaßnahmen im Wahlkampf gewettert hatten, handzahm.

So unterstützen z.B. die „Wahren Finnen“ (Finnland) oder die „Freiheit“ aus den Niederlanden, die Fonds und Schirme, ebenso wie die neuen Regierungen in Irland und Portugal die Anweisungen aus Brüssel befolgen.

Die parlamentarische Demokratie kommt somit auch in dieser Krise an ihr gerechtes Ende. Für alle ist es sichtbar, dass diese Parlamente und Parteien Politik fürs Kapital machen und für niemand anders.
Wer in Deutschland auf ein schnelles Ende von Merkel setzt, auf mögliche Vertrauensfragen hofft etc., der unterschätzt, dass es a) eine große Koalition im Bundesrat gibt, b) auch die Grünen mitmachen dürfen und c) weder das Kapital noch die SPD eine Alternative zu Merkel hat. Ein Beispiel dafür ist die öffentliche Diskussion um einen Kanzlerkandidaten Steinbrück. Dieser war mit Merkel zusammen in der Großen Koalition äußerst verlässlich fürs Kapital. Wenn jetzt der Papst auch noch die „ökologische Bewegung" lobt, ist zumindest auch Schwarz/Grün für 2013 noch nicht ganz vom Tisch.

Wiederholt haben wir beschrieben, welche Politik des Widerstands
nötig sein wird – gegen die Regierung, aber auch gegen die reformistischen Führungen in den Gewerkschaften. Die nächste Rezession ist im Anrollen, die Möglichkeit, dass daraus eine Depression wird, ist vorhanden und damit stehen auch die nächsten Sparpakete und Kürzungen vor der Tür.

Widerstand!

Wir müssen eine europaweite Solidarität und Koordinierung von kämpferischen AktivistInnen aufbauen, damit wir auch in Deutschland gegen die Sparpakete gegen Griechenland Widerstand mobilisieren können! Wenn in der BRD die Opposition schon keine Alternative zur Politik der Regierung und dem Kapital hat, dann müssen wir für eine andere Lösung an den Schulen, den Unis, den Betrieben und Stadtteilen diskutieren – wir brauchen Klassenkampf gegen die Krise! Das erste Sparpaket ging in der BRD relativ geräuschlos durch alle Instanzen, bei den nächsten Sparangriffen, dem nächsten Konjunktureinbruch müssen wir für die Wiederbelebung der „Anti-Krisen-Bündnisse" werben, müssen breiten Widerstand organisieren. Das Kapital streitet in seiner Regierung, das Kapital will die Kosten der Krise auf uns abwälzen und streitet nur über den besten Weg. Anstatt der Politik den Rücken zu kehren, müssen wir unsere Politik formulieren – eine Politik gegen Merkel, die Sparpakete und die Krise, eine sozialistische klassenkämpferische Politik.

Ein Artikel von Tobi Hansen, Gruppe Arbeitermacht

Die Gewerkschaft – vom Sozialpartner zum Klassenkämpfer

Gewerkschaft… Ein starkes Wort! Und da ist auch was dran. Gewerkschaften sind noch immer die mächtigsten Organisationen, die der Arbeiterklasse im Kampf gegen ihre Unterdrücker zur Verfügung stehen, weltweit sind Millionen von Kolleg_innen in ihnen Organisiert. Aber müsste die Gesamtsituation der abhängig Beschäftigten dann nicht eigentlich viel besser aussehen?

Ein Exkurs…

Die kollektive Diskussion über Arbeitsbedingungen und mögliche Verbesserungen ist bereits sehr alt. Bereits am 4. November 1159 vor Chr. legten ca. 40 Arbeiter die Werkzeuge nieder und begannen zu streiken, da sich ihr Arbeitgeber Ramses III. wiederholt geweigert hatte, den Kollegen ihren Lohn zu zahlen. Unter dem Motto „Wir haben Hunger!“ organisierten sie eine Demonstration zum nächsten Tempel. Der Konflikt dauerte zwar einige Zeit, im Endeffekt bekamen die Kollegen jedoch ihr Getreide voll ausbezahlt.

Wie man sich unschwer vorstellen kann, wurden in Europa Arbeitskämpfe erst viel später geführt. Auch die Organisierung von Handwerkern wie Webern, Hafen- und Metallarbeitern fand erst viel später statt und zeigte sich im 14. Jahrhundert zunächst in Form von Gilden, die als Keimform der modernen Gewerkschaft gesehen werden können.

Und dann?

Im Zuge der Industrialisierung und dem Siegeszug der bürgerlichen Gesellschaft, begann die Arbeiterklasse als funktionelle Klasse an Bedeutung zu gewinnen. Immer mehr entwickelte sich die feudale Gesellschaft zu einer kapitalistischen, in der zwei neue gesellschaftliche Klassen in Konflikt standen: Die Arbeiterklasse und die Kapitalisten – heute auch oft Arbeitnehmer und Arbeitgeber genannt.

Die allgemeine Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft ist die, dass einer (der Kapitalist) eine Fabrik besitzt und viele Leute nichts besitzen. Daher müssen sie bei dem Typ mit der Fabrik arbeiten, um sich Geld für Essen zu verdienen. Und hier wird´s lustig: Während die Arbeiterklasse logischerweise so viel Geld wie möglich für ihre Arbeit haben will, will der Typ mit der Fabrik logischerweise so wenig wie möglich bezahlen, um mehr Profit mit der Arbeitskraft seiner Angestellten zu machen. Dieser "Klassengegensatz" ist der wichtigste, wenn man verstehen will, wieso wir Gewerkschaften brauchen.

Was ist eine Gewerkschaft?

Die Gewerkschaft ist, wie bereits erwähnt eine Kampforganisation der Arbeiterklasse, um für ihre Bedingungen und Anliegen im Betrieb zu kämpfen. Ihre Existenz ist zwingend erforderlich um Mindestlöhne, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsgeld und andere grundlegende ökonomische Forderungen der Arbeiter_innen durchzusetzen. Getreu nach dem Motto: "Allein machen sie dich ein – gemeinsam sind wir stark!" Kein Wunder also, dass die gewerkschaftliche Organisation von Arbeiter_innen in Kapitalistenkreisen nicht gerne gesehen wird. Aus diesem Grund mussten im 19. Jahrhundert viele Gewerkschafter in der Illegalität arbeiten, viele wurden verfolgt und umgebracht, in vielen Ländern der Welt ist das heute noch so.

Wir können also Festhalten: Gewerkschaften führen den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse.

Aber wieso kämpfen die Gewerkschaften denn nicht mehr richtig? Wann gab es in der BRD mal einen Generalstreik, um staatliche oder

privatwirtschaftliche Angriffe auf unsere Lebensbedingungen abzuwehren? Wieso werden immer mehr Tarifverträge abgeschlossen, deren Lohnerhöhung hinter der Inflationsrate zurückbleibt?

Wem gehört die Gewerkschaft?

Gewerkschaften haben heutzutage einen erheblichen Mangel an innerer Demokratie. Die Politik in ihnen wird heutzutage nicht mehr von der Basis bestimmt, sondern von einer Bürokratenkaste aus Hauptamtlichen, Betriebsratsfürsten und Vorsitzenden. Diese Leute nennen wir "Gewerkschaftsbürokratie" und sie sind – wie es der Zufall so will, fast ausschließlich sozialdemokratische Reformisten, die die Gewerkschaft für ihre eigenen politischen und sozialen Interessen missbrauchen. Ohne Scham machen sie mit ihrer verräterischen Politik die Gewerkschaften zu zahnlosen Vertretungen, die sich weder staatlichen Angriffen auf die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterbewegung, wie damals bei der Agenda 2010 oder gegen Lohnkürzungen und Entlassungen im Betrieb nicht bzw. unzureichend in den Weg stellen. Es bleibt bei schmierigen Sonntagsreden von Vorstandsmitgliedern, wie dem SPD-Mitglieds und DGB-Vorsitzenden Michael Sommer.

Auch bei Tarifverhandlungen ist heute die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit dem Arbeitgeber oberstes Gebot. Anstatt einen Betrieb Mal so richtig lahmzulegen, werden nach 2-3 Verhandlungsrunden faule Kompromisse geschlossen, die oft sogar zu Reallohnverlusten führen, ohne das es überhaupt einen Streik gegeben hätte. Oft kann man die Vorsitzenden der Gewerkschaften nach ihrer Amtszeit auf der Gehaltsliste des Arbeitgebers wiederfinden. Ein Schelm, wer da böses denkt.

Diese Gründe sind es auch, die dafür sorgen, dass immer mehr Kolleg_innen den Gewerkschaften ihren Rücken zukehren. In Deutschland sank der gewerkschaftliche Organisierungsgrad von 34,2% im Jahr 1960 auf 21,6% im Jahr 2000. Tendenz: weiter Sinkend!

Politik machen! Nur, geht das so einfach?

Viele aufrechte Kolleg_innen sind sich im klaren darüber, dass

Gewerkschaftsarbeit wichtig ist. Gerade in Zeiten, in denen die wirtschaftliche Situation immer öfter ins Wanken gerät, ist es unabdingbar für Veränderungen einzutreten. Dafür stehen dem aktiven Gewerkschafter diverse Gremien offen. Leider muss man dazu anmerken, dass die diversen Ausschüsse leider allzu oft von der Bürokratie ausgebremst oder kontrolliert werden. Viele junge Aktivist_innen sind daher oft desillusioniert. Sie konzentrieren sich oft mit Leib und Seele auf ein Thema und versuchen diverse Aktionen zu organisieren, bis im Endeffekt von Oben ein „Nein“ oder einfach gar keine Reaktion kommt.

Diese Vorgehensweise ist jedoch kein Zufall! Politisch nicht gewünschte Beschlüsse der Basis werden solange ignoriert oder bleiben auf der To-Do-Liste stehen bis es entweder zu Spät ist oder sich ein höher stehendes Gremium doch dazu durchringt andere Dinge zu priorisieren.

Natürlich gibt es auch positive Beispiele für Gremienarbeit, um wirklich dauerhaft erfolgreiche Arbeit zu leisten, bedarf es jedoch einer weitergehenden Vernetzung und Organisation.

Allein machen sie dich ein…

Viele jugendliche Gewerkschaftsmitglieder sind von dem Opportunismus der Bürokraten angewidert und wollen etwas gegen sie unternehmen. Möglichkeiten dazu gibt es viele. Bereits in deiner Ortsjugendgruppe oder in deiner Betriebsjugendgruppe kannst du eine Menge tun. Viele deiner Kolleg_innen denken sicherlich genauso über die Hauptamtlichen und haben sich vielleicht einfach noch nicht getraut den Mund aufzumachen. Diskutiert eure Kritikpunkte untereinander und macht euch Gedanken, wie ihr eure Gewerkschaft selber gestalten würdet. Was wären die Punkte, die euch wichtig wären? Wenn ihr zum Anfang 2 oder 3 Kolleg_innen seid, ist das schon Mal ein guter Anfang. Vielleicht habt ihr Lust eine Veranstaltung für weitere Interessierte zu organisieren, ein unabhängiges Gewerkschaftsflugblatt herauszubringen oder euch als Gruppe auf Grundlage eines Aktionsprogramms aufzustellen…

Gewerkschaften zurückerobern!

Wie gesagt, du bist nicht der Einzige. Das ist ja das tolle an der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, es gibt eigentlich überall Leute die genauso denken wie du und nur darauf warten, dass etwas in die Gänge kommt. Doch was? Was uns alle eint, sind die Forderungen, mit denen wir gemeinsam Auftreten können. Diese sind z.B.:

●Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft! Für eine kämpferische Gewerkschaft, die die Interessen der Kolleg_innen bis zum bitteren Ende vertritt und keine faulen Kompromisse eingeht!

●Für die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller hauptamtlichen Funktionäre! Für die Anpassung ihrer Gehälter an einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn!

●Für die Erkämpfung des Rechts auf politische Streiks, letztlich dem Recht auf Generalstreiks, um zum Beispiel gegen die Rente mit 67, gegen Hartz IV, gegen die Kriege in Afghanistan, Kosovo oder für bessere Bildung kämpfen zu können!

●Eigene Entscheidungsgewalt für alle Jugendgremien, wenn es um Themen geht, die uns was angehen! Für vom Vorstand unabhängige Jugendstrukturen!

Wir müssen versuchen eine innergewerkschaftliche Bewegung von Basisaktivisten aufzubauen, die sich der Politik der sozialdemokratischen DGB-Führung entgegenstellt und diese zwingt Politik für die Mitglieder, und nicht für sich selbst, zu machen. Wir brauchen eine klassenkämpferische Basisopposition, die es sich zur Aufgabe macht, die Gewerkschaften wieder zu Kampforganen der Arbeiterklasse zu machen, die in den Händen der Arbeiter_innen liegt und nicht in den Händen von Bürokrat_innen!

Klar, das wird natürlich nicht einfach. Die DGB- und Einzelgewerkschaftsführung aus SPD, LINKE und zum Teil sogar Grünen wird sich einiges einfallen lassen, um uns das Leben schwer zu machen. Doch zeigt das nur eines – Dass sie Angst vor ihrer eigenen Basis haben. Eine gewerkschaftliche Basisbewegung, die Druck erzeugen kann, kann nämlich auch dazu übergehen die Bürokratie zu entmachten und demokratische

Strukturen auf der oben genannten Grundlage aufbauen. Dies wäre der Untergang für die reformistischen Verräter und die Geburtsstunde für eine Zeit, in der Tarifauseinandersetzungen wieder Tarifauseinandersetzungen sind, und der Klassenkampf wieder Einzug in den Fabriken hält.

The workers united will never be defeated!